

Grundeinkommen statt Sozialwerke

2500 Franken monatlich für alle könnte die staatlichen Finanzierungsprobleme der Sozialwerke lösen

Die beiden renommierten Ökonomen Thomas Straubhaar und Klaus Wellershoff geben einer alten Idee neuen Rückenwind und fordern, ein Grundeinkommen für alle einzuführen.

Sandra Willmeroth

Wie wäre es, wenn alle Schweizer Bürger ab April 2000 oder 2500 Fr. monatlich vom Staat bekämen – ohne Gegenleistung. Würden sich alle auf die faule Haut legen oder dennoch weiterarbeiten gehen – sofern sie zu den 4,618 Mio. erwerbstätigen Menschen in diesem Land gehören und nicht zu den 210 000 Erwerbslosen, den 230 000 Sozialhilfeempfängern oder den 460 000 IV-Bezügern, die von einer sozialen Schublade in die nächste geschoben werden?

Die meisten Menschen, die dies gefragt werden, sagen, dass sie selber natürlich weiterhin arbeiten gehen würden, aber bei denen da – ein Kopfnicken Richtung Bar, Regionale Arbeitsvermittlung oder Stadtpark – DIE würden bestimmt keinen Finger mehr krumm machen. «Das ist die unterschiedliche Wahrnehmung vom Mikro- und Makrokosmos. Menschen finden ihren türkischen Nachbarn Ali zwar sehr nett und freundlich, sprechen sich aber trotzdem gegen Türken als Ausländergruppe aus», erklärt Thomas Straubhaar, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI).

«Eine urliberale Idee»

Der Schweizer, der seit fast 20 Jahren im Norden Deutschlands lebt und arbeitet, ist als liberaler Wirtschaftsdenker bekannt. Ausgerechnet er tritt dafür ein, jedem Bürger monatlich ohne Gegenleistung einen Geldbetrag zur Sicherung des existenziellen Minimums auszus zahlen – unabhängig von Alter, Beruf, Einkommen, Sozialstatus, Geschlecht, Gesundheit oder Bildungsabschluss. «Das ist eine der urliberalsten Ideen, die man sich vorstellen kann. Nicht von ungefähr hat sich schon der Ökonom Milton Friedman positiv zur Idee geäussert, staat-



Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens soll in der Schweiz über eine Volksinitiative Fuss fassen.

Grundeinkommen

Volksinitiative

Der Kongress zum Grundeinkommen von kommenden Samstag ist der Auftakt zur Vorkampagne für die Volksinitiative zum Grundeinkommen (www.bedingungslos.ch), welche im Frühjahr 2012 gestartet werden soll. Träger der Kampagne sind die «Agentur (mit) Grundeinkommen» und die Stiftung Kulturimpuls Schweiz, auch mit weiteren Institutionen sind die Akteure in Kontakt. Weltweit sind in den vergangenen Jahren verschiedene Initiativen und Vereine zum Grundeinkommen gegründet worden, das grösste internationale Netzwerk heisst BIEN (Basic Income Earth Network). Sandra Willmeroth

liche Hilfsleistungen nicht mehr paternalistisch und nach willkürlich gesetzten Kriterien zu verteilen», sagt Straubhaar. Wenn überhaupt Leistungen fliessen, dann solle das Transfersystem doch so effizient, transparent und gerecht wie möglich gestaltet sein.

Effizienz, Transparenz und Gerechtigkeit verspricht der Gesellschaftsentwurf «Grundeinkommen», denn die auf die Überalterung zusteuernden Rentensysteme würden ebenso obsolet wie die bürokratischen Arbeitslosenversicherungen und die obrigkeitlichen Sozialämter. Ein Grundeinkommen würde die Sozialwerke überflüssig machen.

Das Einsparpotenzial wäre enorm: Die Sozialausgaben der Schweiz betragen 2007 laut Bundesamt für Statistik 27,3% des Bruttoinlandsproduktes oder 142 478,2 Mio. Fr. oder 18 763 Fr. pro Kopf und Jahr. «Die Defizite unseres jetzigen Sozialsystems, das so komplex

Klaus Wellershoff

«Die Defizite unseres jetzigen Sozialsystems würden durch ein Grundeinkommen beseitigt», sagt der Ökonom.



geworden ist, dass eine informierte Entscheidung des Individuums gar nicht mehr möglich ist, würden durch ein Grundeinkommen auf einen Schlag beseitigt», sagt Klaus Wellershoff, Ökonom und Unternehmensberater. Er nimmt am kommenden 19. März in Zürich am Kongress zum Thema Grundeinkommen («Die neue Schweiz – ein Kulturimpuls») teil, der erstmals in der Schweiz stattfindet.

«Ein Grundeinkommen wird nicht alle Probleme auf einen Schlag lösen. Aber wir wollen einmal mit all den Irr-

tümern aufräumen», erklärt Christian Müller, Mitinitiator des Kongresses, dessen 600 Publikumsplätze innert weniger Tage vergeben waren. Darunter versteht er: die soziale Stigmatisierung und Ausgrenzung all jener Menschen, die nicht mehr am Arbeitsprozess teilnehmen.

Freiheit für Innovationsschübe

Das Grundeinkommen würde Menschen die Freiheit geben, zu tun, was sie wirklich tun wollen: ein Buch schreiben, die Grossmutter pflegen, ein neues Computerspiel entwickeln. «Es wird auf jeden Fall einfacher werden, sich in dieser Gesellschaft zu bewegen», denkt auch Klaus Wellershoff, denn «allein dadurch, dass wir uns von der Bürokratie und Intransparenz befreien, gewinnen wir Zeit und Klarheit». Das freigesetzte soziale und kreative Potenzial ist zwar nicht bezifferbar, aber vorstellbar: Es wird gross sein und würde der Konjunktur enorme Innovationsschübe verpassen.

Am schwierigsten abschätzbar sind die Folgen für den Arbeitsmarkt. Klar scheint, dass sich am oberen Ende kaum etwas ändern würde. «Für die Besserverdienenden ist ein Grundeinkommen völlig irrelevant und im Grunde nichts anderes als eine Steuerreform», meint Straubhaar, denn «bekomme ich als Professor ein Grundeinkommen, steigt dafür mein Steuersatz und damit die Brutto-Steuerbelastung. Aber unter dem Strich bleibt mein Netto-Einkommen gleich». Der Preis für Tätigkeiten, für die kaum eine Qualifikation nötig ist, wird hingegen steigen müssen, damit diese Arbeiten überhaupt ausgeführt werden. Toilettenfrauen, Wäscherinnen oder Wachmänner verdienen dann mehr als heute.

Viele Studien zur Arbeitsmotivation zeigen, dass es neben dem monetären Anreiz zu arbeiten zahlreiche intrinsische Anreize gibt, wie soziale Kontakte und Anerkennung, Spass an der Arbeit oder Selbstverwirklichung. Wobei es aber auch einen Punkt gibt, ab dem mit negativen Anreizwirkungen zu rechnen ist, so dass die Motivation zur Arbeit schwindet. In Deutschland wird diese Grenze auf 1500 € monatlich geschätzt, in der Schweiz dürfte die Schwelle bei 2500 Fr. liegen.

Ist Ihnen je ein besserer Anlagetipp zu Ohren gekommen?

made by Gübelin.



GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

Nach den Lokomotivführern die Piloten

Die deutsche Wirtschaft fürchtet weitere Arbeitskämpfe. So brodelt es bei der Deutschen Telekom, in der Chemie, aber auch bei der Lufthansa.

Susanne Ziegert, Berlin

Vier Stunden lang stand der deutsche Schienenverkehr am Donnerstag still. Vergeblich warteten die Reisenden auf ihre Züge, viele Pendler mussten teure Taxifahrten bezahlen. Güterzüge blieben sogar die ganze Nacht auf den Gleisen stehen. Mit dem Streik liess die Gewerkschaft der Lokomotivführer die Muskeln spielen, um den Forderungen nach einer besseren Bezahlung bei den Privatbahnen Nachdruck zu verleihen.

Der Streik der Lokomotivführer könnte in Deutschland der Auftakt zu einem Jahr der Arbeitskämpfe werden. In der Wirtschaftskrise hatten sich die Gewerkschaften zurückgehalten. In den vergangenen beiden Jahren stand die Beschäftigungssicherung vor der Forderung nach Lohnsteigerung. Die Reallöhne hatten meist stagniert oder waren in einigen Jahren gar gesunken. 2010 kam es laut der amtlichen Statis-

tik erstmalig wieder zu einem mageren Zuwachs von 1,4%. Nirgendwo sonst in Europa waren die Arbeitskosten so langsam gestiegen wie in Deutschland. Nach einer Studie des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung wuchsen die Arbeitskosten in Deutschland seit 2000 durchschnittlich um 1,9% pro Jahr – in den Euro-Ländern hingegen nahmen sie um 2,9% zu.

Angesichts voller Auftragsbücher in den Unternehmen und des Exportbooms haben die Gewerkschaften kämpferische Töne angeschlagen. In diesem Jahr laufen die Tarifverträge von 7,5 Mio. Beschäftigten aus, die bis zu 7% mehr Lohn verlangen.

Verdi-Chef Frank Bsirske verkündete vor den Verhandlungen für 600 000 Angestellte im öffentlichen Dienst: «Das Jahrzehnt mit Reallohnverlusten darf sich nicht fortsetzen, den Beschäftigten sind keine weiteren Verluste zuzumuten.» Das Argument der «klammen Kassen» wolle man nicht länger hinnehmen. Nach ersten Warnstreiks hatte Verdi bereits weitere Arbeitsniederlegungen in Schulen, Universitäten, Kliniken und im Küstenschutz angekündigt. Unter dem Eindruck des Lokführerstreiks lenkten



Der Streik bei der Deutschen Bahn dürfte nicht der letzte bleiben. (Erfurt, 25. 2. 2011)

die Arbeitgeber schliesslich am Donnerstag ein und gestanden ein Lohnplus von 2,3% zu. Noch keine Einigung ist dagegen bei den Mitarbeitern der Telekom in Sicht, die 6,5% mehr Gehalt fordern. In einigen Regionen gab es erste Warnstreiks.

Ein Konflikt zeichnet sich in der Chemiebranche ab, deren Gewerkschaft für die 550 000 Mitarbeiter um

eine 7%ige Steigerung der Einkommen ringt. «Die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten stimmen, die Chemie brummt. Die Arbeitnehmer haben in der Krise erhebliche Einschnitte hingenommen», so der Verhandlungsführer.

Auch der Bausektor verhandelt ab März über Forderungen nach einem Plus von 5,9% für 700 000 Menschen. Ab April nimmt wiederum die Gross-

gewerkschaft Verdi am Verhandlungstisch Platz – es geht um 1,2 Mio. Mitarbeiter im Einzelhandel sowie über 900 000 im Gross- und Aussenhandel.

Die Wirtschaft bangt vor einer möglichen Arbeitsniederlegung durch die Lufthansa-Piloten, die im März in Verhandlungen treten. Die Gewerkschaft Cockpit, die die 4500 Flugkapitäne vertritt, gilt als besonders kämpferische Spartenvertretung. Im Dezember steht ein neuer Tarifvertrag für Lufthansa-Personal am Boden und in Kabinen auf der Agenda – eine Berufsgruppe, die Verkehr fast ebenso wirkungsvoll behindern kann wie die Eisenbahner.

Eine Fortsetzung des Lokomotivführerstreiks könnte den Unternehmen erhebliche Einbussen beschern. «Schon nach drei Tagen kostet der Bahnstreik 100 Mio. € am Tag, das steigert sich schnell auf 200 Mio. € täglich», sagt André Schwarz vom Bundesverband Gross- und Aussenhandel. «Wir appellieren an die Vernunft der Beteiligten, der Aufschwung ist noch fragil.» Wenn die Bahn stillsteht, bleiben in den Autofabriken die Zulieferteile aus, die Stahlbranche fürchtet um ihre Rohstoffvorräte, und auch die Chemieindustrie muss die Produktion einstellen.